

WARUM BRAUCHT ES DIE INITIATIVE FÜR MEHR MUSIKVIEFALT?

Weil die Zeit reif ist für Veränderung.

Die Initiative hat in Rekordzeit von knapp drei Monaten über 4000 gültige Unterschriften gesammelt. Dies war möglich, weil ganz viele Basler:innen nicht verstehen können, dass eine so vielfältige Stadt ihre Musik so einseitig fördert. Wir müssen unsere Musikförderung grundsätzlich überdenken – dies spürt man, wenn man auf der Strasse mit der Bevölkerung über das Thema spricht.

Weil das Gesetz die Vielfalt fordert.

Das Kulturfördergesetz legt fest, dass der Kanton – wenn er Musik unterstützt – dies möglichst vielfältig tun soll. Zu recht: Steuergelder vorwiegend in ein Genre zu investieren, wirkt stossend.

Trotz Gesetz fördert Basel-Stadt einseitig: Nach Umsetzung der Trinkgeldinitiative werden immer noch rund 90 % der Fördergelder an die Klassik gehen. 10 % bleiben für die restlichen Genres.

Die Initiative bietet nun die Möglichkeit, das Kulturfördergesetz endlich angemessen umzusetzen. Es ist Zeit für eine gerechte Verteilung der Gelder. Die unformulierte Initiative liefert dafür den nötigen Gestaltungsspielraum.

Weil Basel an der heutigen Gesellschaft vorbeifördert.

Die IG Musik führt gemeinsam mit dem Forschungsinstitut EcoPlan und der Uni Basel eine repräsentative Studie zum Musik-Konsum BS/BL durch. Erste Resultate zeigen bereits deutlich: Der untersuchte Musik-Konsum passt nur begrenzt mit der öffentlichen Musikförderung zusammen.

Basel investiert zum Beispiel 74 % des jährlichen Musikbudgets ins Sinfonieorchester (SOB). Doch nur gerade 15 % aller besuchten Konzerte sind Produktionen des SOB. Am häufigsten gehen Basler:innen an Pop-Konzerte. Gefördert wird dieses Genre aber nur mit 9 % des Musikbudgets – wahrscheinlich, weil immer noch der Irrtum herrscht, wer Pop macht, sei automatisch kommerziell erfolgreich. Das Potenzial in diesem Bereich ist riesig: Der grösste Teil der Befragten wünscht sich mehr Pop-Konzerte und dies über alle Altersklassen hinweg, von den 15- bis zu den 64-Jährigen.

Öffentliche Musikförderung sollte mehr auf die Interessen der Bevölkerung Rücksicht nehmen. Die Kulturförderung muss ein Stück weit demokratisiert werden – ohne Verzicht auf angemessene Förderung der Klassik.

Weil sie sich für diejenigen einsetzt, welche die Vielfalt bringen.

Wollen wir als Kanton vielfältige Musikförderung, müssen wir Freischaffende mehr fördern. Denn zum grössten Teil sind es die Freischaffenden (selbständig erwerbend oder mit wechselnden Anstellungen), welche die ganze Bandbreite der Musik produzieren. Die Basler Musikszene besteht aus unzähligen Bands, Kollektiven, freien Ensembles mit wechselnden Besetzungen (auch im Bereich der Klassik), Solokünstler:innen, Tontechniker:innen, Veranstalter:innen, Agenturen, etc.

Der Regierungsbericht weist darauf hin, dass die geförderten Musikinstitutionen auch freischaffende Musiker:innen beschäftigen. Ja, das stimmt, hier geht es aber fast ausschliesslich um Engagements im Bereich Klassik (Gastauftritte, Zuzüger:innen, Kompositionsaufträge). Der grösste Teil der Freischaffenden arbeitet nicht für eine Institution.

Weil die Trinkgeldinitiative nicht reicht.

Die Trinkgeldinitiative (TGI) ist ein guter und wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Damit ist eine vielfältige öffentliche Musikförderung jedoch noch lange nicht erreicht.

Die TGI sorgt in der Musik dafür, dass Freischaffende rund 5 % mehr Förderung erhalten im Vergleich zu 2019.

Auch mit der vollständigen Umsetzung der TGI werden immer noch 90 % der Gelder in die Klassik (namentlich an Orchester) fliessen.

Weil sie die Kulturpartnerschaft BS/BL nicht gefährdet.

Der Regierungsrat befürchtet, dass die Annahme der Initiative ein Problem für die bestehende Kulturpartnerschaft darstellt. Aus juristischer Sicht bestehen gemäss Abklärungen der IG Musik weder organisationsrechtliche Probleme mit dem Fachausschuss Musik noch eine Gefährdung des Kulturvertrags.

Weil das Argument der Arbeitsplatzgefährdung fehl am Platz ist.

Der Bericht der Regierung wirft der Initiative vor, dass sie Arbeitsplätze in Orchestern gefährde. Eine unverständliche Argumentation, geht es doch um die Förderung von Musik – und nicht um Beschäftigungssicherung. Grundsätzlich hat niemand Anspruch auf Förderung, weder Institutionen noch Freischaffende.

Dies sagt selbst der Bericht der Regierung – leider nur dort, wo es ihm gelegen kommt: "... verwiesen werden, dass die Zusprechung von Förderbeiträgen immer selektiv ist und nicht darauf abzielt, ein Grundeinkommen zu sichern. Die kantonale Förderung kann die

Kulturschaffenden nicht von ihrer Eigenverantwortung für ihre persönliche Arbeits- und Einkommenssituation entbinden."

Und wenn man trotzdem mit Beschäftigungssicherung argumentieren will, dann fairerweise für diejenige aller Musikschaaffenden. Eine weitere Studie von Ecoplan zeigt, dass die Einkommenssituation und die soziale Sicherheit im Bereich Musik für alle prekär ist.

Weil SWISSLOS eben nicht dazu gehört.

Der Regierungsrat wirft der Initiative vor: "Sie berücksichtigt nicht, dass 44 % der jährlichen Vergaben des Swisslos-Fonds Basel-Stadt im Bereich Kultur der Musik zugute kommen."

Stimmt, mit gutem Grund: Gegenstand der Initiative ist nicht die Verteilung von Geldern aus Gewinnspielen. Es geht darum, wie der Staat Steuergelder einsetzt. Mit der aktuellen Verteilung dieser Gelder macht Basel-Stadt ein unmissverständliches Statement: Wir fördern vor allem Klassik. Der Auftrag zur Vielfalt im Kulturfördergesetz ist uns nicht so wichtig.

Weil sie auch eine Chance für eine bessere Förderstruktur ist.

Fachausschuss Musik für zeitgenössische klassische Musik und neu auch Jazz und improvisierte Musik, Musikbüro für die Pop-Musik, Kultur- und Jugendkulturpauschale, GGG Kulturkick, Swisslos-Fonds – es gibt unzählige Förderstellen und viele Genres werden getrennt behandelt. Das macht effiziente, zeitgemässe Förderung schwierig. Die Initiative bietet die Möglichkeit, diese Strukturen der Musikförderung zu überdenken.

29. August 2023
IG MUSIK BASEL
kontakt@musikvielfalt.ch

Anmerkung

Bei der aktuellen Musikförderung ist man bei der Ausweisung von Overhead-Kosten nicht konsequent: Innerhalb der TGI-Umsetzung werden solche Ausgaben transparent ausgewiesen. Dagegen werden im Regierungsbericht die Kosten der Abt. Kultur für den Betrieb der Orchesterförderung, Kultur- und Jugendkulturpauschale nicht aufgeführt. Dies verzerrt das Bild. Würden diese Kosten einberechnet, wäre das Ungleichgewicht „Klassik versus Rest“ noch viel extremer.

Quellen

Ratschläge der Regierung zuhanden des Parlaments (Kulturpauschale, Clubförderung, Jugendkulturpauschale), Angaben der Abteilung Kultur (Jahresberichte, Webseite, Bericht der Regierung zur Initiative für mehr Musikvielfalt).